

Stellvertretender Direktor

Public Eye  
Herr Patrick Durisch  
Dienerstrasse 12  
Postfach  
8021 Zürich

Bern, 23. Februar 2021

Direktwahl +41 31 377 72 01  
Ihr Zeichen

Unser Zeichen 242.151/Add  
Ihre Nachricht vom 27. Januar 2021

**Ihr Offener Brief "Für einen nichtdiskriminierenden Zugang zu Impfungen und Behandlungen gegen COVID-19: Es braucht eine Ausnahmeregelung zum TRIPS-Abkommen"**

Sehr geehrter Herr Durisch

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 27. Januar 2021 an den Bundesrat, in dem Sie die Anliegen Ihrer Organisationen zum Zugang zu Behandlungen und Impfungen gegen COVID-19 darlegen. Das IGE/EJPD wurde mit dessen Beantwortung beauftragt. Dieses Antwortschreiben wurde mit allen Bundesstellen der Arbeitsgruppe Gesundheitsaussenpolitik (GAP) konsolidiert.

Für die Schweiz hat der Kampf gegen die COVID-19-Pandemie oberste Priorität, zum Schutz der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und jener der Menschen weltweit, damit in Gesellschaft und Wirtschaft möglichst bald Normalität einkehren kann. Das Ziel ist der gerechte, bezahlbare und möglichst rasche globale Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika gegen COVID-19.

Die Schweiz setzt sich international schon seit jeher für einen umfassenden Zugang zu Gesundheitsversorgung ein. Dieser hängt bekanntlich von einer Vielzahl an Faktoren ab. Dazu gehört auch das WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS-Abkommen). Die Suspendierung des TRIPS-Abkommens während der COVID-19 Pandemie, wie von Indien und Südafrika in der WTO gefordert, wäre der Erreichung des erwähnten Ziels aber nicht zuträglich und aus Sicht der Schweiz gar kontraproduktiv. Vielmehr braucht es hierfür die enge und reibungslose Zusammenarbeit aller relevanten Akteure.

Der Patentschutz stellt sicher, dass nebst staatlichen Geldern auch die nötigen privaten Investitionen in die Forschung und Entwicklung getätigt werden. Das TRIPS-Abkommen bietet einen verlässlichen Rahmen für die Rechte und Pflichten an den Forschungsergebnissen und unterstützt damit Unternehmen, Forschungsinstitute, Universitäten und internationale Organisationen beim Eingehen von Partnerschaften zur Erforschung, Entwicklung und Produktion neuer Medikamente und Impfstoffe. Die Tatsache, dass vor diesem Hintergrund seit Ausbruch der Pandemie innert Rekordzeit mehrere Impfstoffe gegen COVID-19 entwickelt, industriell produziert und zugelassen werden konnten, zeigt eindrücklich auf, dass dieses im TRIPS-Abkommen verankerte Anreizsystem insbesondere auch während der Pandemie funktioniert.

Die eigentliche Ursache für die derzeitige Knappheit an Impfstoffen liegt nicht bei den Rechten am geistigen Eigentum, sondern vielmehr an den – angesichts der gewaltigen globalen Nachfrage – noch beschränkten Herstellungskapazitäten, der extrem kurzen zur Verfügung stehenden Zeit, diese Kapazitäten aufzubauen sowie an den logistischen Herausforderungen in Bezug auf Transport, Kühlung und Verteilung, um diese Impfstoffe gerecht und sämtlichen Bevölkerungsschichten in allen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Die neu entwickelten COVID-19 Impfstoffe sind hochkomplexe biotechnologische Produkte. Ihr Weg vom Labor hin zur Massenherstellung ist ein anspruchsvoller und sensibler Prozess. Dieser verlangt umfassendes

Knowhow, damit diese innovativen Produkte in der erforderlichen Qualität schnell produziert werden können. Das nötige Knowhow lässt sich nicht innert kurzer Frist überall beliebig aufbauen, weshalb der Kreis von Herstellern vor allem im Fall der Impfstoffe momentan noch begrenzt ist. Dieses Knowhow wird jedoch in den erwähnten Partnerschaften auf der Grundlage der Regeln des TRIPS-Abkommens erarbeitet und ausgetauscht. Die Suspendierung dieser Regeln würde den Knowhow- und Technologietransfer unter den erwähnten Akteuren unterlaufen. Zudem schafft das TRIPS-Abkommen ein Gleichgewicht der wirtschaftlichen Interessen und sieht die notwendigen Rechtsmittel vor, um die Nutzung von mit geistigen Eigentumsrechten geschützten Inhalten und Produkten zu gewährleisten, wenn im Einzelfall die freiwillige Zusammenarbeit nicht spielt.

Es gilt zudem zu bedenken, dass COVID-19 nicht die letzte globale Pandemie sein dürfte. Würde jetzt signalisiert, dass in Krisenfällen die relevanten internationalen Regeln einfach ausser Kraft gesetzt und somit die teils langjährigen Forschungsbemühungen einfach untergraben werden, so wird das Unternehmen und Investoren künftig davon abschrecken, massgeblich in Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zur Bewältigung solcher Gesundheitskrisen zu investieren. Dies wäre nicht nur zum Nachteil der Schweiz, sondern auch der Länder tieferen und mittleren Einkommens.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die Schweiz auf die tatsächlichen und konkreten Herausforderungen beim Zugang zu Gesundheitstechnologien gegen COVID-19. Zusammen mit Partnerländern, internationalen Organisationen, Forschungseinrichtungen und der Pharmaindustrie engagiert sie sich für globale Lösungen für den Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika. Die Herausforderungen bei der gerechten und raschen Verteilung der Impfstoffe sind zahlreich. Sie reichen von der globalen Verfügbarkeit der Impfdosen, über deren Finanzierung, Verteilung bis zur Vorbereitung und Durchführung der Impfkampagnen in den einzelnen Ländern.

In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Schweiz an internationalen Initiativen wie dem Access To COVID-19 Tools Accelerator (Act-A) und dessen COVID-19 Global Vaccine Access Facility (Covax-Facility). Dieses globale Einkaufs- und Verteilprogramm für Covid-19-Impfstoffe strebt eine globale Lösung für eine gerechte Verteilung von wirksamen und sicheren Impfstoffen für alle Länder an. Die Covax-Facility beabsichtigt, bis Ende Jahr zwei Milliarden Impfdosen für die 190 teilnehmenden Länder zu beschaffen. Mit ihrem Beitrag von 20 Millionen Schweizer Franken trägt die Schweiz dazu bei, dass 92 einkommensschwache Länder bezahlbaren Zugang zu Impfstoffen erhalten. Durch ihre zusätzliche Unterstützung der Impfallianz Gavi (10 Millionen Schweizer Franken) steuert sie ihren Teil dazu bei, dass Länder mit tiefem und mittlerem Einkommen bei der Vorbereitung von Impfkampagnen technisch unterstützt werden. Neben dem Pfeiler 'Impfstoffe' unterstützt die Schweiz bei Act-A auch die Forschung und Entwicklung sowie den gerechten Zugang zu COVID-Diagnostika (insbesondere Schnelltests) mit 11 Millionen Schweizer Franken und zu Therapien mit 19 Millionen Schweizer Franken. Diese beiden Pfeiler werden von der Foundation for New Innovative Diagnostics (FIND) bzw. dem Wellcome Trust verwaltet, deren Aktivitäten sich auf den Zugang für Länder des Südens konzentrieren.

Die Schweiz engagiert sich also stark im weltweiten Kampf gegen COVID-19 und hat im Rahmen eines Nachtragskredits insgesamt 400 Millionen Schweizer Franken zur Unterstützung verschiedener internationaler Initiativen zur Bewältigung der Pandemie und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen bereitgestellt.

Die Schweiz ist überzeugt, dass wir diese Krise nur mit vereinten Kräften und auf der Basis der geltenden internationalen Regeln erfolgreich meistern können.

Freundliche Grüsse



Felix Addor

Mitglied der Strategieguppe Gesundheitsaussenpolitik (GAP)

Eine identische Antwort geht ebenfalls an Amnesty International.